

KOALITIONSVERTRAG

zwischen der Christlich Demokratischen Union und der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der
Landschaftsversammlung Rheinland für die XVI.
Wahlperiode

2025 - 2030

QUALITÄT FÜR MENSCHEN.
Für einen modernen und leistungsstarken
Verband.

Inhaltsverzeichnis

Präambel	<i>Seite 3</i>
Handlungsschwerpunkt I – Finanzen	<i>Seite 5</i>
Handlungsschwerpunkt II - Personal, Organisation und IT	<i>Seite 7</i>
Handlungsschwerpunkt III – Digitalisierung	<i>Seite 10</i>
Handlungsschwerpunkt VI - Inklusion und Soziales	<i>Seite 13</i>
Handlungsschwerpunkt V - Kultur	<i>Seite 15</i>
Handlungsschwerpunkt VI – Bau & Umwelt	<i>Seite 17</i>
Handlungsschwerpunkt VII – Schule	<i>Seite 19</i>
Handlungsschwerpunkt VIII – Gesundheit	<i>Seite 20</i>
Handlungsschwerpunkt IX - Jugend	<i>Seite 22</i>
Handlungsschwerpunkt X – Wohnen Plus Leben	<i>Seite 25</i>
Unterzeichner Koalitionsvertrag	<i>Seite 27</i>
Mitwirkende Koalitionsvertrag	<i>Seite 28</i>

1 Präambel

2 Nach einer sehr erfolgreichen Zusammenarbeit in der 14. und 15. Wahlperiode der
3 Landschaftsversammlung Rheinland haben die Fraktionen von CDU und SPD
4 beschlossen, ihre von Vertrauen getragene und am Wohle der Menschen im Rheinland
5 ausgerichtete Arbeit fortzusetzen. In Zeiten multipler Krisenlagen stehen wir für
6 Stabilität sowie Kontinuität und stellen uns gemeinsam den künftigen
7 Herausforderungen.

8 Wir sind uns darüber im Klaren, dass die ohnehin schon angespannte finanzielle Situation der
9 uns im Wesentlichen finanzierenden Kreise und kreisfreien Städte durch die Krisen der
10 vergangenen Jahre erheblich verschärft wurde. Dem werden wir durch eine solide und
11 Planungssicherheit vermittelnde **Finanzpolitik** Rechnung tragen. Alle Maßnahmen, die in
12 diesem Vertrag verabredet sind, stehen unter dem Vorbehalt einer ausgewogenen
13 Finanzplanung. Trotz volatiler Rahmenbedingungen gehört es zu unserem Selbstverständnis,
14 dass gesetzlich normierte Aufgaben zum Wohle der uns anvertrauten Menschen qualitativ
15 erfüllt werden müssen.

16 Kernaufgabe bleibt die **Inklusion** in allen Lebensbereichen. Die Teilhabe von Menschen mit
17 Behinderungen und damit die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sehen wir
18 weiterhin als unser Kernthema an. Wir wollen den Ausbau inklusiver Kindertagesbetreuung
19 weiter vorantreiben, die Beratungsstruktur optimieren und durch einheitliche Standards in der
20 Eingliederungshilfe gleiche Lebensverhältnisse für die uns anvertrauten Menschen im
21 Rheinland schaffen. Darüber hinaus fordern wir konsequent das Prinzip „Hilfe aus einer Hand“
22 umzusetzen und alle Leistungen der Eingliederungshilfe bei den Landschaftsverbänden
23 anzusiedeln. Unserer inklusiven Wohnungsbaugesellschaft „Bauen für Menschen“ kommt in
24 einer Wachstumsregion wie dem Rheinland eine besondere Bedeutung zu. Den sehr
25 erfolgreich eingeschlagenen Weg, neue inklusive Wohnangebote zu schaffen, werden wir
26 fortführen.

27 Die Mitarbeitenden des LVR sind das Fundament unserer leistungsfähigen Verwaltung. Wir
28 werden die Marke LVR als moderner und attraktiver Arbeitgeber weiter stärken, um auch
29 künftig im Wettbewerb um die besten Köpfe eine gute Ausgangsposition zu haben. Die
30 Gewinnung und die Bindung des **Personals** in allen Aufgabenfeldern des LVR wird auch in
31 der 16. Wahlperiode ein zentrales Thema bleiben, da sich der Fachkräftemangel inzwischen
32 zu einem Arbeitskräftemangel ausgeweitet hat. Dabei werden wir Personalgewinnung und
33 lebensphasenorientiertes Personalmanagement, Ausbildung, berufliche Entwicklung und
34 Quereinstiege sowie den Einsatz von Digitalisierung und KI im Personalmanagement
35 vorantreiben.

Ein Schwerpunkt bleibt die **Digitalisierung**. Wir wollen die Vorreiterrolle des LVR durch eine Optimierung interner Arbeitsprozesse, dem Ausbau mobiler Arbeitsformen als auch zum Nutzen der Leistungsberechtigten, weiter stärken. Bei der Weiterentwicklung der digitalen Agenda wollen wir unseren Mitgliedkörperschaften als kompetenter Ansprechpartner zur Seite stehen.

Zudem bekennen sich die Fraktionen zu den **Klimaschutzzielen** von Paris. Nachhaltiges Bauen, alternative Energien, innovative Konzepte und ein an Umweltaspekten ausgerichtetes, digitalisiertes Fuhrparkmanagement sollen vorangetrieben werden.

Im **Bildungsbereich** steht die Weiterentwicklung eines inklusiven Schulsystems – mit Öffnung der Förderschulen (umgekehrte Inklusion) sowie enger Kooperation mit den Regelschulen – in unserem Fokus. Grundlage hierfür ist unter anderem das auf unsere Initiative hin beschlossene Schulinvestitions- und Sanierungsprogramm 2024-2035, welches konsequent umgesetzt werden soll. Die Qualifizierung und Förderung unserer Schülerinnen und Schüler werden wir weiter stärken, um den Übergang insbesondere in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern und voranzutreiben.

Der hohe Standard der medizinischen Versorgung durch unsere **LVR-Kliniken** soll durch zielgerichtete Investitionen und optimierte Arbeitsprozesse erhalten bleiben. Neue Versorgungsformen wie die stationsäquivalente Behandlung, weitere Formen aufsuchender Behandlung im LVR-Klinikverbund und flexibilisierte Behandlungsangebote sollen weiterentwickelt werden. Im heilpädagogischen Bereich werden wir die Dezentralisierung, selbständiges Wohnen und ein langfristiges Wohnraumprogramm weiterentwickeln. Durch ein attraktives Arbeitsumfeld wollen wir Fachkräfte gewinnen und Mitarbeitende binden.

Im Bereich **Kultur** wollen wir das vielseitige Angebot erhalten und modernisieren, die hohe Fachlichkeit stärken und die Vernetzung in den Blick nehmen. Das vielfältige kulturelle Erbe des Rheinlands werden wir verstärkt digital sichern und sichtbar machen. Ein weiterer Schwerpunkt ist zudem der Ausbau der kulturellen Teilhabe und Barrierefreiheit in den Kultureinrichtungen des LVR.

CDU und SPD nehmen den Gestaltungsauftrag an und werden den Koalitionsvertrag mit großem Engagement umsetzen.

I. Handlungsschwerpunkt I - Haushalt / Finanzen

1.1 Einleitung

In den vergangenen beiden Wahlperioden haben CDU und SPD eine schonende und vorausschauende Finanzpolitik zum Wohle der uns anvertrauten Menschen und unter Rücksichtnahme auf die Mitgliedskörperschaften umgesetzt. Aus dem Leitbild „Qualität für Menschen“ folgt für uns das Selbstverständnis, trotz der äußerst volatilen Rahmenbedingungen, die Fähigkeit des LVR zu einer dauerhaften, qualitätsvollen und wirtschaftlichen Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben auch künftig zu erhalten.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass sich die ohnehin angespannte finanzielle Situation der uns im Wesentlichen finanzierenden Kreise und kreisfreien Städte durch die multiplen Krisen der vergangenen Jahre nochmal erheblich verschärft hat. Dem werden wir durch eine solide, ausgewogene und Planungssicherheit vermittelnde Finanzpolitik Rechnung tragen. Klar ist aber auch, dass die dem LVR gesetzlich übertragenen Aufgaben zum Wohle der uns anvertrauten Menschen erfüllt werden müssen.

1.2 Konsequente Konsolidierung

Der LVR hat seit dem Jahr 2011 insgesamt drei umfangreiche Konsolidierungsprogramme umgesetzt und damit einhergehend erhebliche Anstrengungen unternommen, um Belastungen für die Haushalte seiner Mitgliedskörperschaften abzumildern. Der von CDU und SPD initiierte Haushaltsbegleitbeschluss sieht zudem für den Doppelhaushalt 2025/26 vor, konkrete Vorschläge zur Fortführung und Verstärkung der Konsolidierungsmaßnahmen vorzulegen, den Haushalt restriktiv zu bewirtschaften sowie eine umfassende Organisationsüberprüfung vorzunehmen. Bereiche in denen es zu deutlich steigenden Aufwendungen kommt, werden wir bei der Konsolidierung besonders in den Fokus nehmen. Diesem Grundsatz sind wir mit unserem Antrag, der die überplanmäßigen Aufwendungen im Bereich des Dezernates Soziales zum Inhalt hat, bereits nachgekommen. Darin wird die Verwaltung unter anderem beauftragt, die von der bereits zuvor eingesetzten Arbeitsgruppe festgestellten Handlungsfelder unmittelbar und konsequent anzugehen, mit dem Ziel, die damit verbundenen finanziellen Konsolidierungspotentiale zu realisieren. Darüber hinaus soll diese Arbeitsgruppe ihre Arbeit fortsetzen und sämtliche Leistungsgruppen nach Optimierungspotentialen überprüfen.

Für die Haushaltsjahre ab 2027 ist bereits jetzt die Auflage eines neuen Konsolidierungsprogramms unter ähnlich restriktiven Bedingungen vorgesehen. Der

eingeschlagene Weg der konsequenten und nachhaltigen Konsolidierung sollte auch in der 16. Wahlperiode - unter Berücksichtigung der qualitätsvollen Erledigung der dem LVR obliegenden Aufgaben - weiterverfolgt werden.

1.3 Nachhaltige Finanzpolitik

Unserer Auffassung nach obliegt dem LVR als Umlageverband eine besondere Verpflichtung zur wirtschaftlichen, effizienten und sparsamen Haushaltsführung. Dem Aspekt der nachhaltigen Finanzpolitik kommt aus diesem Grund eine besondere Bedeutung zu. Konkrete Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang u.a. das proaktive Schulden- und Liquiditätsmanagement, welches u.a. dazu dient, langfristig günstige Zinskonditionen zu sichern und konsequent die laufende Zinsbelastung u.a. durch Umschuldungen nachhaltig zu senken. Darüber hinaus sind fast Zweidrittel der Pensionsverpflichtungen des LVR durch kapitalgebundene Rückstellungen gedeckt und werden so keine übermäßige Belastung für die kommenden Haushalte mehr darstellen. Den eingeschlagenen Weg der nachhaltigen Haushaltspolitik werden wir auch in der aktuellen Wahlperiode weiterverfolgen und dadurch einen Beitrag zur Entlastung des Haushalts und damit der Landschaftsumlage leisten.

Bei Investitionen werden wir auch künftig verstärkt auf einen vorausschauenden Gesamtansatz in Form von mittel- bis langfristigen Investitionsplanungen unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit achten. Exemplarisch ist hier der an einer konkreten Bedarfsplanung orientierte Investitionsplan hinsichtlich unserer Schulgebäude zu nennen.

Die Koalition hat sich immer dafür stark gemacht die Ausgleichsrücklage in einer angemessenen Höhe zum Gesamthaushaltsvolumen und den damit einhergehenden Risiken bestehen zu lassen. Dass dieser Weg der richtige war, zeigt sich aktuell sehr deutlich. Eine riskioaffinere Haushaltsplanung, die Höhe der Konsolidierungsprogramme und die - in dieser Größenordnung nicht vorhersehbare - Planverfehlung im Bereich der Eingliederungshilfe haben die Ausgleichsrücklage deutlich abschmelzen lassen. Ohne diesen „Puffer“ wäre ein umlagerelevanter Nachtragshaushalt unvermeidlich gewesen. Aufgrund der erheblichen Planabweichungen bei der Eingliederungshilfe wird die Ausgleichsrücklage zudem im Doppelhaushalt 2025/26 vollständig aufgezehrt. Dieser Puffer für schlechte Zeiten hat somit in der aktuellen Phase seinen Zweck erfüllt. Damit auch künftig wieder ein wirksamer Schutz zur Abfederung von Haushaltsrisiken zur Verfügung steht, muss es unser Ziel sein, die Ausgleichsrücklage langfristig unter Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebots wieder auf ein angemessenes Niveau im Verhältnis zum Gesamthaushalt anwachsen zu lassen.

Um eine wirksame und nachhaltige Entlastung des LVR-Haushalts zu erreichen, braucht es zudem eine sich an den tatsächlichen Verhältnissen orientierende, dynamische Anpassung der Zuwendungen von Bund und Land für die Kosten der Eingliederungshilfe. Wir fordern daher Bund und Land gleichermaßen eindringlich auf, eine entsprechende Unterstützung insbesondere auch für die überörtlichen Träger der Sozialhilfe zu normieren.

1.4 Landschaftsumlage

Wir wollen unseren Mitgliedskörperschaften eine verlässliche Grundlage für deren eigene Haushaltsplanungen bieten und dem Rücksichtnahmegebot unter besonderer Beachtung der prekären finanziellen Situation der Kreise und kreisfreien Städte Rechnung tragen. Wir werden daher auch künftig alle Anstrengungen unternehmen, den Umlagesatz trotz äußerst schwieriger Rahmenbedingungen moderat anzupassen und in der mittelfristigen Finanzplanung verlässliche Prognosen vorsehen. Dies haben wir in den vergangenen Haushaltsjahren bereits umgesetzt und durch eine restriktive Finanzpolitik die Umlagesätze stabilisiert bzw. sogar deutlich gesenkt. So sah bspw. der Nachtragshaushalt 2023 eine Absenkung des Umlagesatzes von 16,65 Prozent um 1,35 Prozentpunkte auf 15,30 Prozent vor. Trotz erheblicher Risiken und Unwägbarkeiten konnten wir zudem den Umlagesatz für 2025 (16,2 %) analog der Mittelfristplanung und für 2026 (16,4 %) sogar um 0,1 Prozentpunkte niedriger als in der mittelfristigen Finanzplanung prognostiziert festsetzen.

II. Handlungsschwerpunkt II - Personal, Organisation und IT

2.1 Einleitung

Die Gewinnung und die Bindung des Personals in allen Aufgabenfeldern des LVR wird auch in der 16. Wahlperiode ein zentrales Thema bleiben, da sich der Fachkräftemangel inzwischen zu einem Arbeitskräftemangel ausgeweitet hat. In den kommenden fünf Jahren wird die Verrentung der auch im LVR stark vertretenen Generation der Baby-Boomer abgeschlossen sein und die der Generation X beginnen. Umso wichtiger ist es, dass der LVR sein Profil als attraktiver Arbeitgeber und Dienstherr mit vielfältigen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten weiter schärft und sich mit vielen Einzelmaßnahmen erfolgreich im Wettbewerb am allgemeinen Arbeitsmarkt positioniert. Denn auch in Zeiten der digitalen Transformation bildet gut qualifiziertes Personal, das sich mit den Aufgaben und Zielsetzungen des Verbandes identifiziert und im Arbeitsalltag attraktive Rahmenbedingungen vorfindet, die unverzichtbare

166 Grundlage für eine qualitätsvolle und damit erfolgreiche Arbeit des LVR im Interesse der
167 Menschen im Rheinland.

168 Die Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in Verwaltung und Betrieben im Hinblick
169 auf Effizienzsteigerungen und die Realisierung von Einsparpotenzialen wurde von den
170 Fraktionen der CDU und SPD unter anderem mit dem Haushaltsbegleitbeschluss für den
171 Doppelhaushalt 2025/2026 angelegt und soll fortgesetzt werden – auch vor dem Hintergrund,
172 die Aufgaben des LVR infolge der demographischen Situation unabhängig vom Erfolg bei der
173 Personalakquise künftig mit weniger Personal erfüllen zu müssen.

174 **2.2 Personalgewinnung und lebensphasenorientiertes Personalmanagement**

175 Über den zeitgemäßen und attraktiven digitalen Auftritt des Arbeitgebers LVR und den
176 digitalen Bewerbungsprozessen hinaus soll das Recruiting künftig gezielte Ansprachen
177 geeigneter Personen für Schlüsselpositionen und Mangelberufe im Sinne eines active
178 sourcing durchführen. Dies gilt es mit einer Professionalisierung des Arbeitgebermarketings
179 in Form zielgruppenorientierter Kampagnen, dem Ausbau von Businessnetzwerken und einer
180 verstärkten Präsenz auf Karrieremessen zu verbinden. Die LVR - Arbeitgebermarke soll auch
181 durch den Ausbau der Aktivitäten auf den Kanälen der unterschiedlichen sozialen Medien
182 gestärkt werden, um eine zielgruppengerechte Ansprache zu unterstützen und den LVR als
183 attraktiven Arbeitgeber bekannter zu machen.

184 Eine der Gelingensvoraussetzungen für eine langfristige Bindung des Personals an den
185 Arbeitgeber LVR ist ein Personalmanagement, das die sich verändernden Anforderungen der
186 Mitarbeiterschaft in den individuellen Lebensphasen im Blick behält. Dies bedeutet, flexibel
187 die Rahmenbedingungen der Arbeit verändern zu können, sei es in Form der
188 Arbeits(teil)zeitmodelle unter Einschluss der Möglichkeiten des Mobilen Arbeitens, einer
189 Führungsaufgabe in Teilzeit, der Angebote des betrieblichen Gesundheitsmanagements
190 sowie lebensphasenorientierter Beratungsangebote, die sich sowohl auf familiäre
191 Betreuungs- oder Pflegebedarfe als auch auf rentenrechtliche Fragestellungen und flexible
192 Modelle des endgültigen Austritts aus dem Erwerbsleben beziehen können. Dies gilt es im
193 LVR zu gewährleisten.

194 **2.3 Ausbildung, berufliche Entwicklung und Quereinstiege fördern**

195 Die Ausbildungsaktivitäten des LVR leisten nach Überzeugung der Koalition einen
196 wesentlichen Beitrag zur Sicherung des eigenen Nachwuchses und der Reduzierung der
197 demographiebedingten Lücken und sollen daher in der Breite fortgesetzt werden. Gezielte

Personalmarketingmaßnahmen in Form der Teilnahme an Ausbildungsmessen, einer Zusammenarbeit mit Schulen und der Nutzung sozialer Medien sollen die Gewinnung von Auszubildenden unterstützen und den LVR in seiner Vielfalt als ausbildenden Arbeitgeber bekannter machen. Auszubildende mit spezifischen Förderbedarfen gilt es den Inklusionszielen des LVR entsprechend erfolgreich einzugliedern und besonders zu unterstützen.

Ferner zeichnet es attraktive Arbeitgeber aus, berufliche Entwicklungen anzubieten und Karriereoptionen frühzeitig aufzuzeigen. Neben dem differenzierten Fortbildungsangebot soll die Unterstützung von Masterstudienabschlüssen und ein Laufbahnwechsel im Wege der modularen Qualifizierung fortgesetzt werden. Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten, Führungspositionen zu besetzen, sollen digitale Profile von Mitarbeitenden entwickelt und eine Förderung von Karrierewegen und Entwicklungspotenzialen etabliert werden.

Selbst bei einer intensivierten Ausbildung bleibt der LVR aufgrund seines breiten Bedarfs auf die Gewinnung von Absolventinnen und Absolventen und Quereinstiegen aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt angewiesen. Hierzu werden nach Überzeugung der Koalition aus CDU und SPD die Fortsetzung von Traineeprogrammen für die verschiedenen akademischen Zielgruppen einen wertvollen Beitrag leisten können.

2.4 Digitalisierung und KI – Einsatz im Personalmanagement vorantreiben

Der Weg des LVR, sowohl in Fachverfahren als auch bei Querschnittsaufgaben die Digitalisierung der Geschäftsprozesse zu betreiben, muss fortgesetzt werden. Dies erfordert weitere finanzielle und organisatorische Anstrengungen, die im Hinblick auf die Sicherung der Ergebnisqualität und den Erhalt attraktiver Arbeitsbedingungen unverzichtbar sind. Daher soll im Bereich der Personalwirtschaft weiter digitalisiert und die heutigen SAP – Anwendungen um weitere standardisierte self-services für die Mitarbeiterschaft erweitert werden, die zugleich eine Beschleunigung der Verfahren unterstützen. Die Nutzung von KI – Anwendungen gilt es zu erproben und die damit verbundenen Vorteile für den Verband zu nutzen. Der Einsatz von E-Learning-Modulen muss zu einer Selbstverständlichkeit eines modernen Kommunalverbandes werden.

III. Handlungsschwerpunkt III – Digitalisierung

3.1 Einleitung

Seit Gründung des Dezernates für Digitalisierung, Mobilität und technische Innovation hat die Digitalisierung im LVR einen deutlichen Schub erhalten. Folgerichtig hat auch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) attestiert, dass der Landschaftsverband an der Spitze der digitalen Transformation steht.

3.2 Digitalisierung

Mit der Einführung des Mobilen Arbeitens im LVR, der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, des Krankenhauszukunftsgesetzes, der Standardisierung durch die elektronische Akte, durch digitale (Personal-)Prozesse, durch das Projekt des digitalen Sozialdezernats, um nur einige Punkte zu benennen, haben wir die Digitalisierung zukunftsicher und wirtschaftlich für unsere Bürger*innen und Mitarbeitenden aufgestellt. In diesem Sinne werden wir weiterhin sowohl unsere eigenen Prozesse optimieren als auch als Berater und Dienstleister für unsere Mitglieds Körperschaften in Sachen Digitalisierung zur Verfügung stehen.

3.3 Künstliche Intelligenz

Der im März 2025 stattgefundene KI-Kongress von LVR und LWL hat uns eindrücklich gezeigt, wie stark unsere Verbände sind und sich weiter auf der Reise in die Welt der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz bewegen. Zugleich konnten wir eindrucksvoll erleben, wie wichtig die Vernetzung zwischen den Partner*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichen Einrichtungen ist.

Um diese Vernetzung zu vertiefen, werden wir die aufgebauten Kontakte pflegen und vertiefen und einen weiteren Kongress in der 16. WP durchführen.

3.4 Informationssicherheit

Der Blick in die kommunale Landschaft hat uns eindrücklich deutlich gemacht, wie wichtig ein zentraler Blick auf die Informationssicherheit ist. Daher unterstützen wir einen verbandsweit gesteuerten weiteren Auf- und Ausbau eines Informationssicherheitsmanagements und eine regelmäßig an die Erfordernisse anzupassende Informationssicherheitsroadmap. Auch hier werden wir die verbandsübergreifenden Potenziale schöpfen.

3.5 Digitalrendite - Return on Invest - Inklusionsrendite

Wir stehen zudem für das Thema Rendite durch Digitalisierung und KI. Doch wer dabei „nur“ an Geld denkt, springt zu kurz! Sicher ist, dass ein sogenannter Return on Invest (ROI) auch in Geld zu beziffern ist. Manches sofort (z.B. durch Abmietungen), manches alsbald (z.B. durch die weitere Standardisierung von Prozessen auch zur Entsäulung von Strukturen), manches an anderer Stelle!

Wer zum Beispiel in schlankere, moderne Prozesse investiert, der kann mit Blick auf den Stellenplan und die Personalausstattung „von Morgen“ dem Fachkräftemangel aktiv begegnen.

Auch müssen wir beim LVR das Thema Rendite vor allem aus Sicht unserer Bürger*innen und Leistungsempfänger*innen betrachten. Und so verstehen wir die zentral gesteuerte Digitalisierung auch als Garant für eine Inklusionsrendite. Dazu gehört auch der weitere systematische Ausbau des Einsatzes von Instrumenten der KI.

Wir messen Digitalisierung daher nicht nur in Geld, sondern gerade und vor allem auch in Qualität unserer Leistungen für unsere Bürger*innen. Diese kann sich zum Beispiel durch eine schnellere, medienbruchfreie Bearbeitung, geringere Störanfälligkeit, höhere digitale Verfügbarkeit „365/24/7“ ergeben, ebenso im Grad der Barrierefreiheit.

Der Einsatz der KI kann auch dazu führen, dass Menschen mit Behinderung Arbeit finden, die ohne diese Hilfestellung nicht arbeiten könnten. Ein aus unserer Sicht ganz wesentlicher Punkt, der im Rahmen unserer Aufgabenerfüllung ganz neue Perspektiven eröffnet, die wir nutzen werden.

3.6 IT-Gesamtsteuerung

Zudem muss der beschrittene Weg der Digitalisierung und der begonnenen Verzahnung des Prozessmanagements als Instrument der IT-Gesamtsteuerung entsprechend der Empfehlung der GPA weiter integriert ausgebaut werden. Dabei muss auch das Thema „Bürokratieabbau“ ganz neu gedacht werden. Wir brauchen einen Kulturwandel, wenn es um unsere Prozesse geht, der Mensch muss auch hier im Mittelpunkt stehen, nicht der „Vordruck“! Hierdurch werden wir die Qualität unserer Leistungen und der Beratung der Menschen steigern.

3.7 Diskriminierungsfreie Digitalisierung

Mit unserer politischen Initiative zum Thema „Diskriminierungsfreie Digitalisierung“ haben wir gerade in den Zeiten, wo ein positives Menschenbild und Menschenwürde unseren

besonderen Schutz genießen müssen, einen weiteren Meilenstein bei der digitalen Transformation gesetzt. Fragen der weiteren digitalen Barrierefreiheit sind künftig noch viel mehr in den Blick zu nehmen als bisher. „Digitale Barrierefreiheit mittels Inklusion by Design“ muss unter unserem Leitgedanken „Qualität für Menschen“ unser zur Wirklichkeit gewordener Anspruch sein. Nur, wenn wir von vorneherein die digitale Barrierefreiheit in unseren Projekten anlegen, können wir auch „Morgen“ die Menschen mit und ohne Behinderungen mit ihren Bedarfen mitnehmen, vor allem auch bei unseren zahlreichen Webangeboten.

3.8 Mobilität

Zur Attraktivität des LVR als ein moderner Arbeitgeber gehört auch die weitere Förderung einer nachhaltigen Mobilität. Mit dem LVR-Rahmenmobilitätskonzept ist ein erster Schritt gemacht und ein Einstieg in die Mobilitätswende gelungen. Mit dem zu begrüßenden begonnenen Ausbau der Ladeinfrastruktur gilt es, zügig voranzuschreiten. Hierbei sind die Bedarfe der Menschen – Bürger*innen und Mitarbeitende – unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten in den Blick zu nehmen und wo immer möglich, unter Beachtung der aktuellen Haushaltssituation sachgerecht zu realisieren.

Gleichzeitig gilt es auch, Mobilität dort zu vermeiden, wo Formen der digitalen Zusammenarbeit ebenfalls ein qualitativ hochwertiges Ergebnis erzeugen. Dabei müssen wir jedoch in ganz besonderer Weise unseren Zielgruppen, vor allem den Menschen mit Behinderung, gerecht werden. Dort, wo der persönliche Kontakt gefordert und notwendig ist, dürfen wir die Mobilität nicht behindern.

Letztlich sprechen wir uns mit den positiven Erfahrungen aus der Zentralisierung der Digitalisierung zudem dafür aus, ähnliche Strukturen zur Steuerung der Mobilität zu schaffen bzw. weiter zu entwickeln. So sollen durch eine Straffung der Fuhrparklandschaft neue Effekte der Skalierung und Konsolidierung gehoben werden, beispielsweise durch den dienststellenübergreifenden und somit nachhaltigen Einsatz von Fahrzeugen.

IV. Handlungsschwerpunkt IV - Inklusion und Soziales

4.1 Weiterentwicklung der Inklusion im Sinne der UN-BRK

Die Fraktionen von CDU und SPD in der Landschaftsversammlung setzen sich zur Weiterentwicklung der Inklusion, Teilhabe und Partizipation dafür ein, dass der LVR in seinem Verantwortungsbereich darauf hinwirkt, dass

- in *allen* **KiTas** der Besuch von Kindern mit und ohne Behinderungen zur Regel wird, auch für Kinder mit hohem Unterstützungsbedarf,
- sich die **Förderschulen** des LVR im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler des Regelunterrichts oder mit einem anderen Förderbedarf weiter öffnen,
- sich das **LVR Berufskolleg** mit seinen Aus-/Bildungsangeboten verstärkt auch auf eine Schülerschaft mit Beeinträchtigungen ausrichtet; so sind dort für diesen Personenkreis mehr Möglichkeiten vorzusehen, z.B. in den sozialen und pflegerischen Arbeitsfeldern - entweder durch passende/theoriereduzierte Ausbildungsgänge oder auch im Regelunterricht,
- im Bereich **Arbeit** die Übergänge aus einer WfBM auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtert werden. Beschäftigungen im Rahmen betriebsintegrierter Arbeitsplätze („BiAPs“) sollen verstärkt in den Ersten Arbeitsmarkt überführt werden, z.B. durch Einsatz des Budgets für Arbeit. Weitere Maßnahmen zum Übergang auf den Ersten Arbeitsmarkt werden mit Hilfe der Ausgleichsabgabe und unter Mitwirkung der Integrationsfachdienste (IFD) angestrebt; „andere Leistungsanbieter“ (§60 SGB IX) sollen weitere und neue Chancen für angemessene Beschäftigungen von Menschen mit Beeinträchtigungen eröffnen,
- **inklusive Wohnangebote** durch die Wohnungsbaugesellschaft Bauen für Menschen GmbH in Kooperation mit den Kommunen weiterentwickelt werden
- Verfahren zur Bedarfsfeststellung von Leistungen unbürokratischer und für Leistungsberechtigte gut verständlich und nachvollziehbar gestaltet werden; dies gilt auch für die Digitalisierungsprozesse und den Einsatz von K.I..

4.2 Besonderes Augenmerk: Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf

Wir achten darauf, dass in allen relevanten Fachbereichen und Dezernaten das Augenmerk auf Menschen gerichtet wird, die wegen der Art und Schwere ihrer Behinderung besonderer Angebote bedürfen.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die in Planung befindliche Basisleistung II für Kinder mit intensivem Unterstützungsbedarf umgesetzt wird.
- Für Erwachsene, die aufgrund ihrer Beeinträchtigung keine passenden Leistungen im Ambulant Betreuten Wohnen, in der Besonderen Wohnform und/oder in der WfbM finden, wird auf bedarfsgerechte, auch tagesstrukturierende Angebote sowie Krisen- und Kurzzeitplätze hingearbeitet. Hierzu gehört auch die Prüfung des Ausbaus von Leistungen in eigener Trägerschaft.
- Ebenso bleibt der Gewaltschutz besonders für diesen Personenkreis ein wichtiger und dauerhafter Auftrag für den LVR.

4.3 Struktur der Beratungsangebote in den Blick nehmen

Nachdem sich inzwischen im Rheinland eine sehr vielfältige Beratungsstruktur entwickelt hat, soll diese einer Gesamtschau unterzogen werden – einerseits mit Blick auf mögliche Doppelstrukturen, andererseits auch, um Lücken ausfindig zu machen, z.B. im ländlichen Raum.

4.4 Wohnungslosigkeit überwinden

Wohnungslosigkeit ist ein wachsendes soziales Problem mit erheblichen Folgen für Teilhabe, Gesundheit und gesellschaftliche Stabilität. Die Landes- und Bundespolitik hat Ziele und Programme (z. B. Ziel „Wohnungslosigkeit bis 2030 überwinden“ und Housing First) gesetzt, die ohne die Nutzung der Instrumente der sozialen Hilfen nach § 67 SGB XII nicht zu erreichen sind. Der LVR als ein Träger der Leistungsgewährung und Mitgestalter sozialer Hilfesysteme in NRW unterstützt diese Ziele im Rahmen seiner Verantwortung, in Kooperation mit den örtlichen Trägern, aktiv.

V. Handlungsschwerpunkt V – Kultur

5.1 Einleitung

Der LVR bewahrt, erforscht und vermittelt das materielle und immaterielle kulturelle Erbe des Rheinlands einschließlich seiner historisch gewachsenen Kulturlandschaften. Im Rahmen seiner Kulturarbeit berät, fördert und vernetzt der LVR Kulturschaffende aus Städten, Kreisen und Gemeinden und unterstützt die kulturelle Vielfalt der Region. Sie stiftet Identität, Zusammenhalt und Zugehörigkeit.

Die hohe Fachlichkeit der Kulturarbeit erfährt in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Schulen große Wertschätzung. Seriöse, wissenschaftliche Praxis und die verständliche Vermittlung gesicherter Informationen bleiben die Grundlage dieser erfolgreichen Arbeit.

5.2 Kulturelles Erbe digital.

In der Zukunft wird es darauf ankommen, das kulturelle Erbe des Rheinlands verstärkt digital zu sichern und sichtbar zu machen. Unsere erfolgreichen Internetportale (Portal Rheinische Geschichte, Portal Sprache im Rheinland, Portal Alltagskulturen im Rheinland etc.) sind inhaltlich beispielgebend.

5.3 Museen

LVR - Museen sind Orte kultureller Bildung und lebenslangen Lernens, die vom Gedanken einer inklusiven Gesellschaft getragen sind. Ihre Angebote richten sich daher an Menschen mit und ohne Einschränkungen. Der LVR entwickelt seine Museen inhaltlich und baulich unter den Aspekten der Nachhaltigkeit langfristig weiter. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Ausbau der kulturellen Teilhabe und Barrierefreiheit. Angesichts eines veränderten Akzeptanzverhaltens sollen unsere Museen für Industrie und Sozialgeschichte verstärkt zukunftsichernde Vermittlungskonzepte entwickeln.

5.4 Erinnerungskultur und Demokratiebildung

Der LVR pflegt eine lebendige Erinnerungskultur. Die vom LVR - Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte betriebene Aufarbeitung der eigenen Verbandsgeschichte, die Geschichte des Nationalsozialismus und die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte der Region ist hierfür die zentrale Voraussetzung. Der LVR versteht die Erforschung und Vermittlung der Vergangenheit zugleich als Demokratiebildung, die das Bewusstsein für die

Errungenschaften und den Wert des Grundgesetzes schärft. Wir wollen auf eine anschauliche und begreifbare Weise die jungen Menschen für eine nicht bloß ritualisierte, sondern nachwirkende Erinnerungskultur sensibilisieren. In diesem Zusammenhang kommt dem MIQUA eine wesentliche Bedeutung zu.

5.5 Zentrum für verfolgte Künste

Eine Weiterentwicklung des Zentrums setzt ein zusätzliches finanzielles Engagement Dritter voraus. Gespräche mit Land und Bund werden gesucht. Die Stadt Solingen muss hierbei ebenfalls einen signifikanten Beitrag leisten.

5.6 UNESCO - Welterbe Niedergermanischer Limes

Der LVR - Archäologischer Park Xanten mit Römermuseum soll sich mit dem Themenschwerpunkt des Rheins und der Schifffahrt zum zentralen Welterbe - Standort am Niederrhein weiterentwickeln.

5.7 Strukturwandel im rheinischen Revier

Kultur als Teil des Strukturwandels muss verstärkt Akzeptanz finden. Unsere politischen Beschlüsse zum kulturellen Engagement des LVR im Strukturwandel und zur Nutzung des ehemaligen Kraftwerks Frimmersdorf bleiben wegweisend. Der digitalen Vermittlung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die Perspektiven eines archäologischen Kulturlandschaftsparks sind weiter auszuloten.

Urban Gardening soll im Rahmen eines Prüfauftrags als LVR - Aufgabe untersucht werden.

VI. Handlungsschwerpunkt VI – Bau & Umwelt

6.1 Fortschreibung des strategischen Transformationsrahmens zur Treibhausgasneutralität

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) bekennt sich zum Ziel, bis spätestens 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Zur Umsetzung wird der bestehende strategische Transformationsrahmen weiterentwickelt und für alle Einrichtungen in Form verbindlicher Umsetzungspläne konkretisiert. Diese sollen klar definierte und überprüfbare Maßnahmen, verbindliche Zwischenziele entlang transparenter Zeitachsen sowie regelmäßige Evaluations- und Fortschreibungszyklen, enthalten.

6.2 Weiterentwicklung der nachhaltigen Mobilität des LVR

Der LVR führt sein Mobilitätskonzept systematisch fort und baut nachhaltige Mobilitätsangebote aus. Im Mittelpunkt sollen dabei der zeitnahe weitere Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität und die Prüfung erweiterter Kooperationen mit Verkehrsverbünden zur besseren Anbindung aller LVR-Standorte an den ÖPNV stehen. Die Evaluation der Zusammenarbeit mit Carsharing-Anbietern wie Cambio und Stadtmobil als Alternative zum Fahrzeugkauf oder Leasing zur Schaffung klimafreundlicher Mobilitätsalternativen für den LVR und seine Mitarbeitenden werden wir angehen. Zudem werden wir die Einführung eines intelligenten Fuhrparkmanagements mit internem Carsharing zur effizienten Organisation von Dienstfahrten auf den Weg bringen.

6.3 Ausbau erneuerbarer Energien auf LVR-eigenen Flächen

Der LVR nutzt seine eigenen Liegenschaften verstärkt für die Erzeugung erneuerbarer Energien. Den Fokus legen wir dabei auf den weiteren Ausbau der Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dach- und Freiflächen. Darüber hinaus werden wir eine Potentialanalyse zur Errichtung von Windenergieanlagen in Auftrag geben. Die Prüfung und Umsetzung geothermischer Projekte zur nachhaltigen Wärmeversorgung sowie die Analyse der Einführung eines „Stromkreisbilanzmodells“ zur Optimierung von Eigenverbrauch und Laststeuerung werden wir beauftragen. Darüber hinaus werden wir zur besseren Steuerung die schrittweise Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergiebedarf des LVR mit messbaren und überprüfbaren Etappenzielen unterlegen.

6.4 Ressourcenschutz und Abfallvermeidung – EMAS weiter stärken

Der LVR baut seine Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften aus. Schwerpunkte dabei sind die Steigerung der Ressourceneffizienz bei Energie, Wasser und Materialien, die Stärkung von Abfallvermeidung und die Wiederverwendung und das Recycling im Sinne einer konsequenten Kreislaufwirtschaft. Zudem werden wir die schrittweise Ausweitung der EMAS-Zertifizierung auf weitere Einrichtungen sowie die regelmäßige Berichterstattung über Fortschritte anhand transparenter Kennzahlen auf den Weg bringen.

6.5 Inklusion in der Umweltbildung stärken

Der LVR verankert Inklusion stärker in seinen umweltpädagogischen Angeboten. Ziel ist ein barrierefreier Zugang zur Natur für alle Menschen. Schwerpunkte dabei sind der Ausbau barrierefreier Umweltbildungsangebote an LVR-Schulen und in Kooperation mit Biologischen Stationen, die dafür weiterhin zu fördern sind. Wichtig ist zudem die verstärkte Bereitstellung von Informationsmaterialien in Leichter Sprache, die Entwicklung praxisorientierter Handreichungen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, eingeschränktem Hören oder Sehen sowie kognitiven Beeinträchtigungen. Wir werden darüber hinaus die Förderung inklusiver Umweltbildungsprojekte sowie die Teilhabe und Nachhaltigkeit miteinander verbinden.

6.6 Nachhaltige Ernährung fördern

Der LVR stärkt seine Beiträge zu Klimaschutz und Gesundheit durch eine nachhaltige Ernährungsstrategie. Dabei soll die Entwicklung und Umsetzung eines Pilotprojekts für klimafreundliche Gemeinschaftsverpflegung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut in die Wege geleitet werden. Die konsequente Berücksichtigung der hohen Klimarelevanz des Ernährungssektors als zentraler Hebel zur Erreichung der Klimaneutralität nehmen wir ebenfalls in den Blick. Ein weiteres Ziel ist die Förderung von Urban-Gardening-Initiativen gemeinsam mit lokalen Ernährungsräten, insbesondere durch die Einrichtung von Schul- und Klinikgärten und urbanen Anbauflächen.

VII. Handlungsschwerpunkt VII - Schule

7.1 Einleitung

Die Koalition setzt sich für die Weiterentwicklung des inklusiven Schulsystems ein, in dem die individuellen Bedürfnisse aller Schüler*innen im gemeinsamen Lernen bzw. in der Förderschule Berücksichtigung finden.

7.2 Den notwendigen Schulraum schaffen und erhalten

Das auf einen Antrag der Großen Koalition zurückgehende und im Juni 2024 beschlossene Schulinvestitions- und Sanierungsprogramm 2024-2035 soll konsequent umgesetzt werden. Die Grundlage dazu ist das „Konzept der drei Wege“. Hierbei werden wir die Entwicklung der regionalen Schullandschaft konsequent an den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen ausrichten und die personelle und sächliche Ausstattung unserer Schulen sicherstellen. Wir werden uns weiterhin für die Öffnung unserer Förderschulen für ALLE Kinder einsetzen (umgekehrte Inklusion).

7.3 Die Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes

Wir werden an unseren Schulen eine verlässliche Ganztagsförderung umsetzen und dabei das Land NRW nicht aus seiner finanziellen Verpflichtung entlassen.

7.4 Zuverlässige Ferienbetreuungen an allen unseren Schulen umsetzen

Die Koalition unterstützt die legitimen Forderungen der Eltern, verlässliche Ferienbetreuung für alle Kinder unserer Schulen sicherzustellen. In diesem Zusammenhang müssen auskömmliche finanzielle Mittel im Rahmen einer Regelfinanzierung durch das Land NRW zur Verfügung gestellt werden.

7.5 Digitalisierung an unseren Schulen weiter vorantreiben

Für die fortschreitende Digitalisierung pädagogischer Inhalte, die Umsetzung des Medienentwicklungsplanes und die erweiterte digitale Ausstattung der Schulen im Rahmen des Digitalpaktes werden wir eine flächendeckende gigabitfähige Versorgung aller LVR-Schulstandorte sicherstellen. Alle Schulen des LVR sind zügig an das Glasfasernetz anzuschließen.

7.6 Übergang Schule - Beruf

Wir setzen uns dafür ein, dass der Übergang junger Menschen (mit und ohne Behinderungen) in die berufliche Ausbildung und anschließend in eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt als die zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und demokratischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gelingt. Daher wollen wir den Facharbeitskreis „Übergang Schule – Beruf“ fortsetzen. Dies mit dem Ziel, die Herausforderungen bei der beruflichen Orientierung von jungen Menschen mit Behinderung intensiv mit internen und externen Fachleuten zu diskutieren und hieraus konkrete unterstützende Maßnahmen abzuleiten.

7.7 Fachpraktiker-Ausbildung

Wir streben an, dass diese Ausbildungen konsequent in unseren eigenen Einrichtungen angeboten werden.

VIII. Handlungsschwerpunkt VIII – Gesundheit

8.1 Einleitung

Die Fraktionen von CDU und SPD setzen sich weiterhin für eine flächendeckende, qualitativ hochwertige psychiatrische Versorgung im Rheinland ein. Die LVR-Kliniken bieten individuelle, bedarfsgerechte Behandlungen – vom Akutfall bis zur Langzeitbetreuung. Durch moderne Konzepte und persönliche Zuwendung wollen wir den Patientinnen und Patienten bestmöglich helfen. Wir sind für die Etablierung und Ausweitung von Krisendiensten und Präventionsambulanzen und für die Fokussierung auf das Kerngeschäft, z.B. durch Abgabe der Neurologien.

8.2 Ambulante und gemeindenahe Hilfen stärken

Die Koalitionsfraktionen fördern den Ausbau von ambulanten Angeboten, um Klinikaufenthalte zu verkürzen. Gemeindepsychiatrische Dienste und sozialpsychiatrische Zentren sollen ausgebaut und besser vernetzt werden. So ermöglichen wir Hilfe im Alltag, wohnortnah und unkompliziert. Die Einführungen neuer Versorgungsformen, weitere Formen aufsuchender Behandlung im LVR-Klinikverbund und die Fortführung der stationsäquivalenten Behandlung (StäB) sind auszubauen und Behandlungsangebote zu flexibilisieren (§ 64b-Modell in Bonn und zukünftig in weiteren Kliniken).

8.3 Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen / Trauma-Beratung von Flüchtlingen

CDU und SPD in der Landschaftsversammlung halten am Ausbau fachkompetenter und bedarfsgerechter Beratung und Behandlung traumatisierter Flüchtlinge fest. Früherkennung und Prävention sind entscheidend. Wir wollen niedrigschwellige Hilfen in den LVR-Schulen stärken. Kinder und Jugendliche mit psychischen Belastungen sollen schnell Zugang zu Beratung und Therapie finden – auch durch digitale Angebote.

8.4 Demenzfreundliches Rheinland

Das Thema Behandlung, Rehabilitation und Pflege älterer Menschen muss im Hinblick auf eine steigende Anzahl von Personen weiter vorangetrieben werden. Ein Ausbau zu "Zentren für Altersmedizin und Altenhilfe" (siehe LVR-Klinik Düren) sollte weiterhin ein Ziel sein. Auch setzen sich die Fraktionen von CDU und SPD für den Aufbau regionaler Demenznetzwerke ein, die Betroffene, Angehörige, Pflege, Medizin und Ehrenamt vernetzen. Der LVR soll Schulungen und Informationsangebote fördern, um eine würdevolle Begleitung zu ermöglichen und Angehörige zu entlasten.

8.5 Pflege und Fachkräfte sichern

Wir investieren weiter in Ausbildungsplätze an den LVR- eigenen Gesundheitsfachschulen und verbessern die Arbeitsbedingungen und den Ausbau von Personalgewinnung und -entwicklung in unseren Einrichtungen. Dies u.a. durch Springerpools, Einspringzulagen, Standby-Prämien, Abbau von Befristungen, Reduzierung von Arbeitnehmerüberlassungen, Neuordnung von Tätigkeiten zwischen Ärzten, Pflege und psychologisch-psychotherapeutische Mitarbeitenden und neuen Berufsgruppen (Physician Assistant, akademisierte Pflege). Ziel ist es, mehr junge Menschen für Pflege- und Therapieberufe zu begeistern - auch durch gezielte Fachkräftegewinnung im In- und Ausland (LVR als attraktiver Arbeitgeber weiter stärken).

8.6 Digitalisierung und Innovation in der Versorgung

Die Koalitionsfraktionen setzen sich für eine systematische Förderung von digitalen Lösungen wie Telemedizin und modernen Kommunikationsmitteln (u.a. durch Standardisierung der IT in den Kliniken, Umsetzung der KHZG-Projekte) ein. Dies soll zu einer Verbesserung der Versorgung und einer Entlastung unseres Fachpersonals führen.

8.7 Krisenfeste Gesundheitsversorgung

Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig gute Vorbereitung ist. Wir wollen die Notfallstrukturen in den LVR-Kliniken stärken und die Zusammenarbeit mit Kommunen, Rettungsdiensten und Behörden weiter ausbauen.

8.8 Nachhaltigkeit

Die Pläne zur Klimaneutralität (Dekarbonisierungspläne) für jede Klinik (Vorlage 15/3037) sollen in Hinblick auf Mobilität, nachhaltige Beschaffung und Gebäudesanierung (u.a. Hitzeschutz) umgesetzt werden.

8.9 Konsolidierung

Die Fraktionen von CDU und SPD werden auch weiterhin die nötigen Investitionen für unsere Kliniken vornehmen, um in Zukunft im guten baulichen Zustand wettbewerbsfähig zu sein (u.a. Deckelung der Baukosten – wie Haus D in Köln). Dabei sind bestehende Organisationsstrukturen auf veränderte Marktanforderungen zu überprüfen und weiter voranzubringen. Hierzu zählt auch eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit unserer LVR-Kliniken. Mögliche Synergieeffekte sollen geprüft werden, z.B. weitere Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten / Abteilungen im Klinikverbund - wie bei den Personalabteilungen. Dies könnte z.B. bei den Apotheken oder der Speiserversorgung möglich sein. Damit ist ausdrücklich nicht die Reduzierung oder Schließung von Kliniken angedacht.

IX. Handlungsschwerpunkt IX – Jugend

9.1 Kindertagesbetreuung unterstützend begleiten

Die Organisation der Kindertagesbetreuung steht vor Ort vor vielfältigen Problemen. Wir wollen auch weiterhin die Arbeit der Jugendämter, der Träger und der Mitarbeitenden unterstützen. Dazu gehören u.a. Initiativen zur Fachkräftegewinnung, Angebote zur Qualitätssicherung und Beratung. Die anstehende KiBiz-Reform werden wir fachlich begleiten mit dem Ziel, eine auskömmliche Finanzierung sowie Entbürokratisierung und mehr Praktikabilität zu erreichen und dabei die Qualität der Versorgung zu erhalten.

9.2 Gleiche Lebensverhältnisse für Kinder mit (drohender) Behinderung schaffen

Seit Übernahme der Eingliederungshilfe für Kinder bis zum Schuleintritt 2020 hat sich vieles verbessert. Die Frühförderung bietet flächendeckend Angebote. Die Zahl der Kinder mit Behinderung in Regel-Kitas ist seither um über 60% gestiegen. Trotzdem ist der verwaltungsmäßige Einführungs- und Umstellungsprozess nicht ohne Probleme verlaufen. Wir wollen, dass der LVR auch weiterhin Motor der Inklusion bleibt. Deshalb müssen wir schnellstmöglich die Verwaltungsprozesse weiter verschlanken, z.B. durch längere Bewilligungszeiträume, einfache Fördermodalitäten, kürzere Bearbeitungszeiten. Die Vernetzung und Kooperation unseres Fallmanagements vor Ort müssen verbessert, die Qualifizierung und Fortbildung der Fachkräfte weiterentwickelt werden. Die Teilhabehilfeleistungen müssen passgenauer an das Kind gebracht und in den Kitas ein Setting von gemeinschaftlichen unterstützenden Leistungen für Kinder mit Behinderung geschaffen werden. Die Verhandlungen zur Basisleistung II und die mögliche Gesetzesänderung des SGB VIII zu den Zuständigkeiten der Eingliederungshilfe werden wir aufmerksam verfolgen.

9.3 Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter in den Kommunen unterstützen

Bereits 2022 hat der LJHA einstimmig ein Positionspapier zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine Ganztagsförderung von Grundschulkindern erarbeitet mit Forderungen nach einem Ausführungsgesetz, einheitlichen Mindeststandards zu Kinderrechten und Kinderschutz sowie einer landeseinheitlichen dynamischen, an Qualitätskriterien orientierten Finanzierung. 2024 erfolgte erneut ein Appell an die NRW-Landesregierung. Trotz allem wird das Landesjugendamt die Kommunen selbstverständlich weiter fachlich beim Umsetzungsprozess begleiten, um zu einem bestmöglichen Ergebnis zu kommen. Der bestehende Facharbeitskreis sollte in der kommenden Wahlperiode erhalten bleiben.

9.4 Den Fachkräftemangel in den sozialen Berufen aktiv bekämpfen

Der LJHA hat sich intensiv mit diesem wichtigen Thema beschäftigt. Diese Arbeit ist in zwei Beschlüsse gemündet: 1. Ein allgemeines Positionspapier zum Fachkräftemangel (2022), welches die aktuellen Defizite konkret benennt und 19 Maßnahmen zur Abhilfe enthält, sowie 2. einen Appell an die NRW-Landesregierung (2024), für mehr (vornehmlich duale) Studienplätze in der Sozialen Arbeit zu sorgen. Beide Papiere haben überregionale Beachtung gefunden. Wir wollen auch weiterhin Entscheidern gegenüber unbequem bleiben und die wichtige Arbeit in diesem Themenfeld fortführen. Deshalb sollte der bestehende Facharbeitskreis seine Arbeit fortsetzen.

9.5 Eigenständige Jugendpolitik, Partizipation und Demokratiebildung stärken

Das beim LVR-Landesjugendamt hierzu eingerichtete Kompetenzzentrum unterstützt mit fachlicher Begleitung die Kinder und Jugendlichen bei ihrer Arbeit. Die bestehenden Ansätze gilt es in Zukunft weiter zu verstetigen und auszubauen.

9.6 Freiwilligendienste für Jugendliche und junge Erwachsene ausweiten

Seit 2019 finanziert der LVR im FÖJ 36 zusätzliche Plätze aus eigenen Mitteln, schwerpunktmäßig für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene, die besonderen Förderbedarf haben oder über keinen (besonders qualifizierten) Schulabschluss verfügen. Wir möchten dieses Angebot fortführen und perspektivisch um weitere Plätze erhöhen.

9.7 Internationale Jugendarbeit an Orten der Erinnerung in Europa fortführen

Seit 2008 organisiert das Landesjugendamt Rheinland im Rahmen dieses Programms internationale Begegnungen mit Jugendlichen aus Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe. Die Begegnungen finden an Orten statt, in denen im Zweiten Weltkrieg grausame Verbrechen an der Zivilbevölkerung verübt wurden. Wir wollen, dass diese wertvollen Aktivitäten weiter bestehen bleiben und sind für Erweiterungen offen.

9.8 Folgen von Kinderarmut bekämpfen

2009 ist durch Beschluss des LJHA die LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut als erste ihrer Art gegründet worden und erhält seither bundesweite Anerkennung. Sie unterstützt die Jugendämter im Rheinland bei der Entwicklung und Umsetzung von integrierten kommunalen Präventionsketten. Wir werden die Arbeit auch weiterhin tatkräftig unterstützen, um die Situation der Kinder vor Ort nachhaltig zu verbessern.

9.9 Kinder und Jugendliche in besonderen Notlagen unterstützen

Der LVR hat zuletzt zwei Modellvorhaben finanziert: 1.) die Verbesserung der regionalen Vernetzung von Psychiatrie und Jugendhilfe und 2.) die Begleitung von Kindern psychisch kranker und suchtkranker Eltern. Hier gilt es, die Ergebnisse zu bewerten und daraus ggf. neue Initiativen zu entwickeln. Darüber hinaus ist weiterhin die Situation von Kindern und Jugendlichen mit besonders herausfordernden Verhaltensweisen (sog. Systemsprenger) sehr schwierig. Die LVR-Jugendhilfe Rheinland hält zwar hierfür eigene erfolgreiche Angebote vor, angesichts des enormen finanziellen Aufwands dieser Maßnahmen scheuen sich die Kommunen allerdings, entsprechende Plätze zu belegen. Somit droht den Kindern und Jugendlichen, keine adäquate Hilfe zu erhalten. Hier sind weitere Initiativen erforderlich.

9.10 LVR-Jugendhilfe Rheinland zukunftsfähig aufstellen

Die LVR-Jugendhilfe Rheinland gehört zu den größeren Anbietern im Bereich der stationären Hilfen zur Erziehung. Sie ist bundesweit anerkannt und nachgefragt wegen ihrer exzellenten pädagogischen Angebote, z.B. in der Traumapädagogik oder für sog. Systemsprenger. Bei ihrer Gründung hat sie in großer Zahl die historischen Gebäude des LVR übernommen. Ohne Sanierungen bzw. Neubauten ist die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Existenz der Jugendhilfe Rheinland gefährdet. Die Koalition bekennt sich uneingeschränkt zur Existenz und zur Arbeit der Jugendhilfe Rheinland. Sollte sich im Laufe der Sanierungsarbeiten herausstellen, dass die Kosten nicht hinreichend aus Eigenmitteln und den Entgelten der Kommunen refinanzierbar sind und der zugesagte LVR-Zuschuss nicht zum Ausgleich ausreicht, werden wir eine Anpassung des LVR-Zuschusses prüfen.

X. Handlungsschwerpunkt X – Wohnen Plus Leben

10.1 Einleitung

Als großes dezentrales Netzwerk ist der LVR-Verbund WPL im Rheinland an rund 200 Standorten in über 50 Kommunen vertreten. Von Bedburg-Hau bis Euskirchen und von Viersen bis Neunkirchen-Seelscheid bieten wir individuelle Unterstützungsangebote nah am Lebensumfeld der Menschen.

10.2 LVR bleibt Leistungsanbieter in der Eingliederungshilfe

In der Vergangenheit hat es immer wieder grundsätzliche Diskussionen darüber gegeben, ob der LVR überhaupt Leistungsanbieter in der Eingliederungshilfe sein sollte. Der LVR ist und bleibt ein anerkannter Leistungsanbieter in der Eingliederungshilfe und er konzentriert sich auf Wohn- und Betreuungsangebote für Menschen mit herausforderndem Sozialverhalten, Menschen aus der Forensik und chronisch psychisch erkrankte Menschen aus dem LVR-Klinikverbund. Darüber hinaus versorgt er Menschen aus dem Autismus-Spektrum, Menschen, die zusätzlich zu ihrer Intelligenzminderung eine Gehörlosigkeit haben sowie diejenigen, die wegen Art und Ausmaß ihrer Störung anderweitig keine Plätze finden. Die Koalition aus CDU und SPD bekennt sich ausdrücklich zu dieser Aufgabe und hält an ihr weiter fest.

10.3 Soziale Rehabilitation und Schnittstellen

Durch die Zusammenlegung mit der ehemaligen sozialen Reha ist bereits ein zentrales Projekt umgesetzt – auch zur Vorbereitung der Leistungsangebote des LVR auf die weitere BTHG-Umstellung. In Bezug auf Schnittstellenthemen (Allgemeinpsychiatrie, Maßregelvollzug zur Eingliederungshilfe) setzen sich die Koalitionspartner von CDU und SPD dafür ein, dass

- *die Angebote der sozialen Rehabilitation in den neuen Teilhabebetrieb „LVR-Verbund für WohnenPlusLeben“ mit besonderer Berücksichtigung der Anforderungen des BTHG erfolgreich fachlich und organisatorisch eingebunden werden*
- *gemeinsam mit dem Leistungsträger eine verstärkte Entwicklung von Angeboten stattfindet, die sich an Menschen mit besonderen Versorgungsbedarfen richten, die aus dem Maßregelvollzug oder der Allgemeinpsychiatrie (Nicht-Behandlungsfälle) entlassen werden.*

10.4 Ziel und Liegenschaftsplanung für den WPL

Ein weiteres Thema für die 16. Wahlperiode ist die Notwendigkeit/Fortschreibung einer beide Leistungsbereiche umfassenden Ziel- und Liegenschaftsplanung für den WPL. Bislang gibt es hier einen Zwischenbericht zum „alten“ Verbund heilpädagogischer Hilfen (Vorlage 15/2116/1). Mit der Fusion der beiden Eingliederungshilfebereiche für Menschen mit geistigen und psychischen Behinderungen/Beeinträchtigungen und der Fokussierung auf die genannten Zielgruppen ist auch eine räumliche und bauliche Neujustierung der bisherigen Wohn- und Betreuungsangebote notwendig. Hier gilt es festzulegen, welche Wohnangebote weiter genutzt werden sollen und wo es Ersatzbedarfe oder auch ganz neue Bedarfe gibt. Insbesondere bei den letztgenannten geht es sicher auch um die Frage, welche Standards der LVR als Leistungsanbieter hier zugrunde legt. Das könnte reichen von der Umsetzung der Vorstellung der Garbrecht-Kommission mit kleinstteiligen Wohnangeboten bis hin zu den 24er Wohneinheiten, die der LVR vielfach gebaut hat und die offensichtlich auch schon auf ministerieller Ebene als ausreichend erachtet worden sind. Wohnangebote wie z. B. der jüngste Neubau in Bonn-Castell mit 18 Plätzen auf dem ehemaligen Gelände der LVR-Klinik Bonn kann hier ein guter Standard auch für zukünftige Bauvorhaben sein. CDU und SPD werden sich für eine Beauftragung der Bauen für Menschen mit einem oder weiteren Umsetzungsprojekten auf (nicht mehr genutzten) Geländen von Kliniken für Zwecke des WPL einsetzen. Außerdem werden wir prüfen, ob ein Erweiterungsbau der LVR-Einrichtung Gut Hommelsheim in Nörvenich umsetzbar ist. Ein solcher bietet sich hier an, denn die Anzahl an Kund*innen, die eine eher ländliche und reizärmere Umgebung benötigen, steigt zunehmend.

10.5 Digitalisierung

Mit der Vorlage 15/2133 hat die Verwaltung das Konzept zur digitalen Teilhabe im WPL (noch ohne soziale Reha) vorgestellt. Während ein nahezu flächendeckendes W-LAN im Bereich WPL nicht mehr das Problem ist, ist für den Verbund WPL die weitere Digitalisierung im Geschäftsbereich der Menschen mit Intelligenzminderung sicher mit der Schwierigkeit verbunden, dass insbesondere bei den Menschen mit stark ausgeprägten oder komplexen Beeinträchtigungen handelsübliche Endgeräte ggf. zu komplex sein können, so dass sie von diesen nicht zweckmäßig genutzt werden können. Für eine Teilhabe dieses Personenkreises an digitaler Technologie sind interaktive Endgeräte mit einem niedrighwelligen (basaleren oder taktileren) Zugang erforderlich. Dies ist in den Leistungsvereinbarungen mit dem Leistungsträger LVR nicht so vorgesehen, so dass es aktuell keine Finanzierungsmöglichkeit gibt, entsprechende digitale Teilhabemöglichkeiten flächendeckend zu realisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass für eine solche, organisationsseitig bereitzustellende, Ausstattung für den beschriebenen Personenkreis eine Lösung gefunden wird.

Köln, den 21.01.2026

Für die Koalition aus CDU und SPD

Frank Schönberger

(CDU-Fraktionsvorsitzender)

Iris Heinisch

(SPD-Fraktionsvorsitzende)

Frank Boss

(CDU-Fraktionsgeschäftsführer)

Thomas Böll

(SPD-Fraktionsgeschäftsführer)

Joachim Kühlwetter

(CDU-Assistenz d. Geschäftsführung)

Tanaz Farnoudi

(SPD-Assistenz d. Geschäftsführung)

834 **An diesem Vertrag haben mitgewirkt**

835

836

837 **Dr. Klose**, Hans (SPD); **Kühlwetter**, Joachim (CDU);

838 **Henk-Hollstein**, Anne (CDU) ; **Kaske**, Axel (SPD);

839 **Boss**, Frank (CDU); **Brodrick**, Helmut (SPD);

840 **Farnoudi**, Tanaz (SPD); **Böll**, Thomas (SPD); **Dr. Elster**, Ralph (CDU);

841 **Daun**, Dorothee (SPD); **Wörmann**, Josef (CDU);

842 **Schmerbach**, Conny (SPD); **Schönberger**, Frank (CDU);

843 **Bündgens**, Willi (CDU); **Soloch**, Barbara (SPD); **Sonntag**, Ullrich (CDU);

844 **Dr. Schlieben**, Niels-Helge (CDU); **Weiden-Luffy**, Nicole (SPD);

845 **Heinisch**, Iris (SPD); **Loepp**, Helga (CDU); **Nabbefeld**, Michael (CDU);

846 **Ibe**, Peter (CDU); **Joebges**, Heinz (SPD)

847 **Schnitzler**, Stephan (SPD); **Rubin**, Dirk (CDU);

848 **Bausch**, Manfred (SPD); **Solf**, Michael-Ezzo (CDU); **Prof. Dr. Wilhelm**, Jürgen (SPD)

849 **Dickmann**, Bernd (CDU); **Stergiopoulos**, Ioannis (SPD);

850 **Dr. Leonards-Schippers**, Christiane (CDU); **Walter**, Karl-Heinz (SPD);

851

852

853



854